

Alex Demirović

Keine Zeit mehr Das Ende des sozialdemokratischen Projekts

Das jüngst erschienene und mittlerweile mehrfach kommentierte Buch „Gekaufte Zeit“ von Wolfgang Streeck (2013; vgl. dazu Altvater 2013; Bischoff, Lieber 2013; Habermas 2013) lohnt eine Auseinandersetzung aus verschiedenen Gründen. Es stellt eine diskutierenswerte Krisenanalyse vor, es zieht bemerkenswerte Schlussfolgerungen, die sich einfügen in aktuelle politische Vorschläge zu einem Ausstieg Deutschlands aus der Euro-Zone, vor allem aber wirft es ein besonderes Licht auf das sozialdemokratische Projekt, dem Streeck als Wissenschaftler und Politikberater über viele Jahre zugearbeitet hat. Er war so etwas wie ein „organischer Intellektueller“ der Agenda-Politik der Schröder-Regierung. Deren Ziel, ernst genommen, war die Verteidigung des Sozialstaats unter Bedingungen der Globalisierung, deren Zwangsgesetzmäßigkeiten Streeck in den 1990er Jahren mit großer Klarheit und Härte analysiert hatte. Er sah seinerzeit ein Ende der nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit, der Gewerkschaften, der Praktiken der sozialen Demokratie sich abzeichnen: die funktionalen Räume von Wirtschaft, Demokratie und Kultur waren demnach auseinandergetreten, Konflikte und Konfliktstrategien hatten ihr Drohpotential verloren, demokratische Entscheidungen der Bürger konnten nicht mehr durchgesetzt werden. Streecks politisches Ziel war es, durch Deregulierung des Arbeitsmarktes, Lohnspreizung, Senkung

der Lohnnebenkosten, Anhebung der indirekten Steuern, Einführung von privaten Arbeitsvermittlern oder Förderung von Zeitarbeitsfirmen den Staat handlungsfähig zu machen und seine Fähigkeit zur Umverteilung mit neuen Instrumenten zu bewahren. Es galt, Zeit zu gewinnen. Es sollten Arbeitsplätze in einem „preiselastischen Dienstleistungssektor“ gefördert werden (Streeck, Heinze 1999: 159ff). Der Übergang für die Lohnabhängigen, insbesondere die Kernbelegschaften sollte abgefedert, bis in vielleicht dreißig oder vierzig Jahren dann die volle Härte des globalisierten Weltmarkts auch auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse durchschlagen würde. Das alles ist nicht aufgegangen, das sozialdemokratische Projekt ist gescheitert: Desinvestition, Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen, prekäre Beschäftigung und Armut, Krise, Staatsschulden und eine sich abzeichnende Abwärtsspirale mit weiteren Krisen waren die Folgen. Die Sozialdemokratie tritt nicht stolz das Erbe der Agenda 2010 an, sondern geht auf verhaltene Distanz und deutet ganz vorsichtig eine Bewegung nach links an. Streeck sieht das Scheitern dieser Politik, das Buch ist der Versuch mehr einer Erklärung als eine Selbstkritik. Am Ende, so Streecks Diagnose, ist es nicht gelungen, jene Zeit zu kaufen. Auf unerwartete Weise habe sich der Neoliberalismus durchgesetzt, der Markt von der Politik gelöst und in der gegenwärtigen großen Krise endgültig

das Gehäuse des demokratischen Kapitalismus gesprengt. Damit ergänzt Streeck die Diagnosen von Colin Crouch (2008), der ebenfalls politikberatend der sozialdemokratischen Politik des Dritten Wegs und der Neuen Mitte verbunden und zu einem skeptischen Resümee der Entwicklung des Kapitalismus gelangt war. Die Analysen beider zeigen: Zauberlehrlinge – ratlos.

Es war bemerkenswert, dass Wolfgang Streeck 2011 eine ausführliche Kritik der Finanzmarktkrise zunächst einmal ausgerechnet in einer der führenden Zeitschriften der Neuen Linken veröffentlichte, der *New Left Review* (auf Deutsch dann in *Lettre internationale* Winter 2011). Damit repräsentiert er gegenüber dem angelsächsischen Publikum eine maßgebliche Position der deutschen Linken. Der Artikel ist in mancher Hinsicht eine dichte Vorwegnahme vor allem des ersten Kapitels von „Gekaufte Zeit“. Dieses Buch beruht im Wesentlichen auf seinen 2012 gehaltenen Adorno-Vorlesungen an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Streeck nimmt also einen Rahmen kritischer intellektuellen Traditionen in Anspruch, zu denen er als langjähriger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln und als einer der Politikberater Gerhard Schröders Distanz hielt. Aber nicht nur das. Im Buch beklagt er, dass in Deutschland marxistische Ansätze stärker aus der Mitte der sozialwissenschaftlichen Disziplinen herausgesäubert wurden als in anderen kapitalistischen Ländern (17). Haben er und einige der mit ihm verbundenen etablierten Wissenschaftler, so möchte man fragen, daran nicht mitgewirkt? Streeck formuliert auch ausdrücklich eine Kritik an der professionalisierten Politikwissenschaft, die sich in einstudierter Indifferenz gefalle, die sie für Wertfreiheit halte, strebe nach Theorien, für die es nichts Neues

unter der Sonne geben könne und habe für das, was sie 'Populismus' nenne, nur eine elitäre Verachtung übrig. Sie akzeptiere die Zumutung, ans Absurde zu glauben, die rasch an die Menschenwürde gehe. Offensichtlich zählt er sich zu den kritischen Intellektuellen, das ist auch ein Anspruch für die Beurteilung dessen, was er schreibt. Für deren Aufgabe hält er, sich nicht um die eigene Reputation zu sorgen, sondern die Bürger in ihrem Gefühl zu bestärken, dass sie von ihren Regierungen – und, so sollte man ergänzen, von den Medien und der Politikwissenschaft – nicht ernst genommen werden. Er bewertet die Angst und die Wut der Bürger, die politische Produktivkraft der Bürger positiv, die 'sozialen Unruhen', die gelegentlichen Straßenschlachten, Argumente und Pflastersteine, hält er für einen guten Anfang (Streeck 2013: 219). Wie sind solche Sätze einzuschätzen? Ist Streeck, wie seine Vorgängerin Renate Mayntz, die ihrem eigenen Ansatz und ihren Mitarbeitern vorhält, überhaupt nicht über Herrschaft nachzudenken, entlastet von der Verantwortung des Amtes als Institutsleiter, radikal geworden? Wird hier der Politikwissenschaft, dem eigenen Institut und den früheren Mitarbeitern, die so sehr den Mainstream der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Deutschland repräsentieren und in erheblichem Maße die politikwissenschaftliche Diskussion bestimmen, ins Gewissen geredet, doch einmal mit dem Konformismus aufzuhören und sich an die Seite der kritischen und protestierenden Kräfte zu stellen?

Das ist genauer zu prüfen, aber so richtig überzeugend stellt sich das nicht dar. Das Buch ist kritisch gegenüber der auch von Streeck unterstützten sozialdemokratischen Politik, aber sagt es nicht ausdrücklich. Es gefällt sich in der Geste einer einstudierten Indifferenz. An keiner Stelle nimmt Streeck Bezug auf die schon lange

vorhandenen kritischen Diskussionen und Praktiken im angelsächsischen Raum oder Deutschland, selbst dort nicht, wo dies wissenschaftlich geboten und zwanglos möglich wäre. Er bezieht sich auf krisentheoretische Diskussionen in den 1970er Jahren, letztlich aber nur auf Habermas und kritisiert zu Recht, dass dieser die Wirtschafts- durch die Staats- und Demokratietheorie ersetzt hätte und glaubte, dass die kapitalistische Ökonomie eine mittels des keynesianischen Instrumentenkasten beherrschbare Wohlstandsmaschine geworden sei (36). Zu ihrem Nachteil habe dessen Theorie auf ein Kernstück des Erbes der Marxschen politischen Ökonomie verzichtet. Ja, das stimmt, aber es gab und gibt Alternativen zu Habermas. Sie lässt Streeck außer Betracht. Gerade mit einer solchen Darstellung isoliert Streeck die kritische Diskussion (Altvater/Mahnkopf, Hirsch, Huffschild, Gowan, Jessop, Harvey, Panitch, Lipietz, Chesnais), die seit den 1970er kontinuierlich Fragen der ökonomischen Globalisierung und staatlichen Internationalisierung, der Durchsetzung des Neoliberalismus, die Entwicklung neuer Produktionskonzepte, der Finanzialisierung der Akkumulation und der Ausrichtung der Unternehmen am Shareholder-Value, der Krise und des Krisenmanagements erörtert hat (vgl. Bischoff, Lieber 2013). Im Lichte dieser Diskussionen erweisen sich etliche seiner Thesen zur Krisenentwicklung und zur Auflösung des sozialstaatlichen Kompromisses nicht nur als wenig neu, sondern als irreführend, lassen wichtige Aspekte außer Betracht und führen zu falschen Konsequenzen. Die Analysen zur fordistischen Akkumulation waren schon in den 1970er und 1980er Jahren längst über Habermas' Theorie hinaus: dass es eine zugrundeliegende Dynamik im Akkumulationsprozess gibt, die wichtiger war und ist als institutionelle

Unterschiede; dass die Akkumulation von einem übergreifenden wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss getragen wird, der sich auflöst; dass das Krisenmanagement zwar eine neue Formation des Kapitalismus hervorbringt, aber wiederum in die Krise gerät.

Die Ignoranz gegenüber Debatten in der kritischen Gesellschaftstheorie durchzieht das ganze Buch von Streeck. Das dritte Kapitel des Buches stellt eine eher schlichte, suggestive Erklärung der Entwicklung der EU dar. Demnach hätte Hayek den Konstruktionsplan dafür geliefert, den Staat zu stärken, indem die Ansprüche von Gewerkschaften und BürgerInnen zurückgedrängt, die EWG, die EU und die Kommission und die Währungsunion geschaffen werden (146). Die politische Konsequenz ist folgenreich, denn es wird nahegelegt, dass es angesichts dieser Vorgeschichte sinnvoll ist, das Projekt EU negativ zu bewerten und die Währungsunion aufzugeben. Kein Hinweis auf die umfassenden kritischen Untersuchungen der Strategie der Neoliberalen – zu denken wäre an Autoren wie Cockett, van der Pijl, Apeldoorn, Gill, Dixon, Walpen, Plehwe, Nordmann, Rügemer oder Ptak, also eine Vielzahl von Autoren, die die Strategien im Detail untersucht haben. Mit der ihm zur Verfügung stehenden institutionellen Autorität setzt Streeck die Marginalisierung vieler kritischer Diskussionen fort. Wenn er also beansprucht, kritischer Intellektueller zu sein, so möchte er offensichtlich mit seiner Position den Ort des kritischen Intellektuellen markieren. Das wäre bedenklich für alle weiteren zivilgesellschaftlichen Diskussionen. Aber es ist dieser Anspruch auch nicht so erstaunlich. Denn Thema dieser Analysen ist u.a. die Rolle der Sozialdemokratie, also auch die Rolle Streecks im Prozess der Durchsetzung der neoliberalen Politik. Seit der

kritischen Theorie Adornos gehört es zu einem Merkmal kritischer Intellektueller, auf ihre eigenen Erfahrungen und Praktiken zu reflektieren. Es wäre interessant gewesen, in dieser Hinsicht zu lernen, was einen positivistischen, „theoretisch mit leichtem Gepäck reisenden“ (17), soziale Bewegungen und die mit ihnen verbundenen kritischen Intellektuellen ignorierenden Wissenschaftler wie Streeck motiviert, erst einmal neoliberale Politik wissenschaftlich und politikberatend zu praktizieren, um sich dann gegen sie zu wenden und selbst kritischer Intellektueller sein zu wollen. Da Streeck diese Reflexionen nicht ausdrücklich vollzieht, erzählt er die Geschichte der letzten vierzig Jahre in gewisser Weise falsch. Eigentlich erzählt er zwei falsche Geschichten, die sich zudem widersprechen. Im letzten Kapitel wird die Entwicklung der EU und der Krise als Ergebnis der neoliberalen Konterrevolution und des Versagens der Demokratie dargestellt. Die Konsequenz ist das Plädoyer für die Aufgabe des Euro und die Rückkehr zu nationalen Währungen. Das widerspricht vor allem dem ersten Kapitel des Buches. Aus diesem und dem Artikel in der NLR müssten viel radikalere Schlussfolgerungen gezogen werden, die die Linke insgesamt betreffen.

Streeck will zunächst einmal die Geschichte einer langen zeitlichen Phase erzählen. Danach lässt sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise als Ergebnis auf einem Entwicklungspfad erklären, der seit den 1960er und 1970er Jahren verfolgt wurde. Die Entwicklung besteht aus einer Sequenz von wirtschaftlichen Krisen. Nachdem diese jeweils durch Krisenmanagement bewältigt worden waren, konnte immer wieder für eine Weile vergessen werden, dass die Stabilisierungsmaßnahmen jeweils nur provisorisch waren. Stimmt das, wer hat das vergessen, möchte man fragen.

Jede Krisenlösung führte auf dem jeweils nächsten höheren Niveau erneut zu einer Krise. Da dieser Prozess Streeck zufolge das Ergebnis eines bewusst geführten und von oben organisierten Klassenkampfes gegen den demokratischen Kapitalismus war, stellt sich allerdings die Frage, ob tatsächlich im strengen Sinn von einem Entwicklungspfad gesprochen werden kann, der alle Akteure auch gegen ihre Intentionen auf eine sie bestimmende Handlungslogik verpflichtet.

Der Ausgangspunkt dieser Geschichte ist, dass kapitalistische Akkumulation und Demokratie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zusammen gespannt wurden. Es wurde das geschaffen, was Streeck das keynesianisch politisch-ökonomische Institutionensystem nennt (27). Dieses System institutionalisierte den Kompromiss zwischen den Kapitaleignern und der Arbeiterklasse, die nach dem Zweiten Weltkrieg erstarkt war. Der Kapitalismus war weltweit in der Defensive und musste sich um eine „Verlängerung und Erneuerung seiner Lizenz bemühen“ (51). Dies gelang durch Zugeständnisse, die die Marktlogik einhegten und diese dem Primat politischer Ziele unterstellte. Instrumente waren staatliche Konjunkturpolitik und Wirtschaftsplanung, die staatliche Kontrolle von Schlüsselindustrien, ein breiter öffentlicher Sektor mit sicherer Beschäftigung, stetiges Wachstum, dauerhafte Vollbeschäftigung, flächendeckende Lohnfindung durch Verhandlungen mit freien Gewerkschaften, hohe Löhne mit geringer Lohnspreizung, politische Stabilität, sozialstaatlicher Schutz vor den Risiken des Marktes oder durch Steuerpolitik in Grenzen gehaltene Ungleichheit (56). Obwohl sich Streeck mehrfach gegen die konservative These wendet, dass es durch diese Politik zu zunehmenden Ansprüchen gekommen sei, die den Staat überforderten,

argumentiert er letztlich doch genau in dieser Weise (vgl. 52, 53). Aus der Sicht der Arbeitgeber hätte sich unter den Bedingungen des demokratischen Kapitalismus eine zunehmend maßlose und verwöhnte Arbeitnehmerschaft herausgebildet, deren Forderungen und Kämpfe die Gewinnspielräume immer weiter einschränkten.

In Reaktion auf die Forderungen der Arbeiterklasse unter Bedingungen der Vollbeschäftigung bereiteten die Kapitaleigner den Ausstieg aus dem Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit vor und begannen einen langen Kampf für den „grundlegenden Umbau der politischen Ökonomie des Nachkriegskapitalismus“ (54). Dies geschah in einem Prozess, der sich über lange Zeit zwischen den frühen 1970er Jahren und der aktuellen Wirtschaftskrise hinzog und mehrere Krisen durchlief (14). Die Unternehmer entzogen dem demokratischen Kapitalismus das Vertrauen, flüchteten in den Markt und übten sich in Investitionszurückhaltung (49f). „Auf kontinuierlich hohes Wachstum als demokratisch-kapitalistische Friedensformel war kein Verlass mehr. Auf Profite zu verzichten, um Vollbeschäftigung zu erhalten, oder Produktion und Produkte unter hohem Aufwand so zu gestalten, dass sie sichere Beschäftigung bei hohen Löhnen und geringer Lohnspreizung gewährleisten, hätte von den Unternehmen und den von ihren Gewinnen Abhängigen Opfer verlangt, die zunehmend inakzeptabel erschienen.“ (55) Streeck vertritt die Ansicht, dass der fordistische Kapitalismus durch *Profit Squeeze* in die Krise geraten sei (45), also durch zu hohen Forderungsdruck der Gewerkschaften. Diese Überlegung ist krisentheoretisch folgenreich, denn sie erlaubt ihm, die Entwicklung als Ergebnis einer Legitimationskrise des demokratischen Kapitalismus auf der Seite der Kapitaleigner zu verstehen. Diese haben, als die

Gewinne nicht mehr ihren Erwartungen entsprachen, die Krise bewusst ausgelöst, indem sie dem demokratischen Kapitalismus ihr Vertrauen entzogen und nicht mehr investierten (49f): anders gesagt, sie verzichteten kurzzeitig auf Gewinn, um dann zu einem späteren Zeitpunkt umso höhere Gewinne zu erzielen. Die Frage ist, ob den Kapitaleignern tatsächlich so viel kollektive Rationalität zur Verfügung stand, und ob sie als Gruppe so homogen waren. Dagegen spricht ihre Konkurrenz und die Fraktionierung, die Kapitalvernichtung und die Übernahmeschlachten, die Konzentration von Kapital und die Inwertsetzung der Unternehmen mittels Shareholder Value. Es erscheint deswegen plausibler anzunehmen, dass die Krise nicht allein durch zu hohe quantitative Ansprüche der ArbeiterInnen und eine Vertrauenskrise der Investoren ausgelöst wurde, sondern eher durch eine massive qualitative Kritik der kapitalistischen Produktions- und ihrer Herrschaftsverhältnisse, also durch eine Aufkündigung des vom demokratischen Kapitalismus organisierten Konsenses. Die Abspaltung aus dem immer stärker als Zwang empfundenen Konsens ging einher mit einer Verwertungskrise des Kapitals der Erschöpfung des fordistischen Typs von Akkumulation: economies of scale, Massenproduktion, Massenkonsum. Etwas stärker: es kam zu einer zunehmenden Überakkumulation, also einer derartigen Anhäufung gesellschaftlichen Reichtums unter der Kontrolle von Privaten, dass er nicht mehr verwertet werden konnte, sich also Investitionen nicht angemessen rentierten und ein erheblicher Druck auf die Löhne und die Arbeitsverhältnisse entstand (schlanke Unternehmen, just-in-time Produktion, flexible und spezialisierte Produktion, Outsourcing). Tatsächlich suchen die Kapitaleigentümer und Vermögensbesitzer

seit den 1980er Jahren nach einer Lösung aus dieser Sackgasse, ohne sie zu finden und bewegen sich deswegen von Krise zu Krise, wobei die Krisen selbst immer umfassender werden.

Streeck beobachtet diesen Prozess auf der Grundlage spezifischer Annahmen und mit einem anderen Akzent. Die Unternehmer entziehen dem demokratischen Kapitalismus das Vertrauen, der Nachkriegs-kompromiss wird von ihnen, nicht von der Arbeiterklasse aufgelöst. Die Lohnabhängigen wurden zur Mobilität, Flexibilität und in die Prekarität hinein gezwungen, Gewerkschaften wurden geschwächt, Flächentarifverträge in Frage gestellt. Unter dem Druck der Eigentümer entledigten sich die Staaten ihrer Verantwortung für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit (58). Durch die zurückgehenden Investitionen war Vollbeschäftigung nicht mehr gewährleistet. Es drohte eine Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie und der kapitalistischen Wirtschaft (61). Streeck bleibt an diesem Punkt seiner Erzählung unklar. Denn wer war nun von einer solchen Krise betroffen? Wer wollte an den vorherigen Formen festhalten? Wem gegenüber musste der demokratische Kapitalismus weiterhin legitimiert werden? Nicht gegenüber den Kapitaleignern, die sich von sich aus aus dem Nachkriegskompromiss zurückzogen. Aber auch nicht der Arbeiterklasse gegenüber, die ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte und offen mit Sozialismus und Eurokommunismus sympathisierte. Streeck weist bedauernd darauf hin, dass in den 1970er Jahren verpasst wurde, die eurokommunistischen Alternative wahrzunehmen, die in die Entwicklung Rationalität hätte bringen können. Am Ende bleiben da nur der Staat und vor allem die sozialdemokratischen Parteien selbst, in deren Händen der Staat fast überall gefallen war (55).

Streeck nimmt offensichtlich über weite Teile des Buches eine etatistische Perspektive ein, von der aus die soziale Ordnung im Gleichgewicht gehalten werden muss, das von beiden Akteuren bedroht wurde.

Der Staat des demokratischen Kapitalismus, vielfach sozialdemokratisch gelenkt, reagierte auf die erste große Krise Ende der 1960er Jahre mit „Methoden zur monetären Erzeugung von Wachstums- und Wohlstandsillusionen“ (74). Das, was als Lösung zur Bewahrung des nicht mehr haltbaren Nachkriegsmodells gedacht war, eröffnete einen langfristigen Krisenzyklus. „Jedes Mal, wenn ein solcher Versuch [zur Lösung der vorangegangenen Krise] an sein Ende gekommen war, waren die Schäden beträchtlich, und die zu ihrer Behebung erforderlichen Maßnahmen wurden anspruchsvoller.“ (76) Zunächst wurde mittels Inflationierung der Anschein von Lohnerhöhungen erweckt, die Geldillusion bewirkte bereitwilligen Konsumismus, also Nachfrage. Die Inflation ihrerseits provozierte eine monetaristische Reaktion zu Beginn der 1980er Jahre, mit der die Vermögensbesitzer den Wert ihrer Vermögen sichern wollten. Dies ging einher mit einer massiven Schwächung der Gewerkschaften und Einschränkung des Streikrechts, der Arbeitslosigkeit oder neoliberalen Reformen der Arbeitsmärkte. Da aber Ansprüche und Erwartungen an den demokratischen Kapitalismus weiterhin bestanden – offensichtlich bei den ArbeiterInnen –, gleichzeitig aber Steuererhöhungen riskant erschienen, wurde mit dem Mittel der Staatsverschuldung reagiert, um soziale Konflikte zu pazifizieren (64): es handelte sich, Streeck zufolge, vor allem um das Versprechen der Absicherung von Arbeitslosigkeit und um die Einlösung der Rentenansprüche, die sich aus der Vertagung von Lohnansprüchen aus früheren Jahren angehäuft hatten. Die hohe

Staatsverschuldung, die einen größer werdenden Teil des Budgets an die Schuldentilgung band, führte in den 1990er Jahren zu einer Kürzung der Sozialausgaben. Aber immer noch bedurfte der neoliberale Aufbruch des Kapitalismus aus seinem Nachkriegsgehäuse der Legitimation, also der konfliktdämpfenden Ressourcen. Dies war nach Inflation und Staatsverschuldung, die sich als ungeeignete Instrumente zur Bekämpfung der Legitimationskrise erwiesen hatten, die durch eine entsprechende regulative Politik ermöglichte Verschuldung der privaten Haushalte auf eigene Rechnung (69). Der privatisierte Keynesianismus erlaubte es, die Befriedigung der Wohlstandserwartungen der Konsumenten mit den Nachfrageerwartungen auf der Kapitalseite zu vereinbaren. Tatsächlich wurde erneut der Traum immerwährender Prosperität geträumt, dieses Mal getragen vom Zaubermittel der Finanzialisierung der Akkumulation: Immobilien, Aktien und private Altersvorsorge sollten die Lohnabhängigen an den Wertsteigerungen der Unternehmen auf den internationalen Kapitalmärkten teilhaben lassen. Dies sollte selbsttragendes Wachstum induzieren: die Aktien würden an Wert gewinnen und könnten als Sicherheiten für den Hauskauf dienen, die Immobilien würden an Wert zulegen und wären Sicherheit für privaten Konsum; dies würde die Nachfrage stabilisieren, Arbeitsplätze schaffen, Steuereinnahmen gewährleisten und die noch erforderlichen Staatsausgaben finanzieren helfen, die geringer würden, weil die Arbeitslosigkeit zurück ginge, die Arbeitslosen gefordert und aktiviert und die Rentenausgaben sinken würden. Diese letzte Stufe der Pazifizierung führte schließlich zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 2008. Diese Krise ihrerseits durchläuft seitdem mehrere Phasen und entwickelt sich zu einer dreifachen Krise der Banken, der

Staatsfinanzen sowie der Realwirtschaft und ihres Wachstums (29). Bemerkenswert ist, dass Streeck an keiner Stelle andere Dimensionen der Krise anspricht, die jedoch unmittelbar mit diesem Wachstums- und Pazifizierungsmodell in Zusammenhang stehen: der Energieversorgung, der Vernutzung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Land, Rohstoffe, die Erzeugung von Abfällen, der Klimawandel, die Zerstörung der Biodiversität, die Bedrohung von Gesundheit oder Bildung, der Druck auf die Arbeitskräfte.

Folgen wir dieser Geschichte von Streeck bis zum angeführten Punkt der Wirtschaftskrise, so ergibt sich eine bedeutsame Konsequenz. Zahlreiche der beschriebenen politischen Maßnahmen zur Erhaltung und Stabilisierung des demokratischen Kapitalismus sind mit dem Projekt der Sozialdemokratie auf Engste verbunden. Immer handelte es sich um eine Verteidigung des demokratischen Kapitalismus, die wenigstens kurzzeitige Befriedigung von Erwartungen und die Pazifizierung der ArbeiterInnen durch den Kauf von Zeit. Streeck erzählt die Geschichte also zunächst einmal so, dass alle politischen Strategien, die seit den 1980er Jahren sukzessive und immer verbeglicher verfolgt wurden, anscheinend nicht solche zur Durchsetzung des Neoliberalismus waren – wie es viele kritische Analysen sehen –, sondern der Verteidigung des demokratischen Kapitalismus dienten und immer noch den Schein eines Kompromisses aufrecht erhielten. Warum wurde dieses Projekt des demokratischen Kapitalismus aufrecht erhalten, wenn es doch nur von einer Krise zur nächsthöheren Krise führte und immer tiefer die Gesellschaft erfasste? Warum hat sich die Sozialdemokratie dafür hergegeben und dazu beigetragen, den ArbeiterInnen und anderen Kräften etwas vorzugaukeln, anstatt „mehr Demokratie zu

wagen“ und sie zu mobilisieren? Offensichtlich sollte ihnen verborgen werden, dass das Kapital längst schon die Exit-Option gewählt hatte. Das Ergebnis ist staatlich herbeigeführter „Betrug“ bei den Löhnen, die Belastung der Lohnabhängigen durch in die Zukunft verlagerte Armut, schließlich durch die Verschuldung in der Gegenwart. Genau genommen war der demokratische Kapitalismus also von Beginn an ein Besschiss zu Lasten der unteren Klassen. Es wäre besser gewesen, dem Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg keine erneute „Lizenz“ zu geben, statt weiter zu machen und dann das Potemkinsche Dorf zu Lasten der Lohnabhängigen aufrechtzuerhalten. Man konnte wissen, wohin das führen würde und dass sich die „Märkte“ – also die kapitalistische Logik – nicht dauerhaft und nicht grundsätzlich begrenzen lassen würden. Die Krise wurde durch Krisenmanagement und eine Verlagerung der Belastungen in die Zukunft verzeitlicht. Auch die staatlichen Maßnahmen und die Pazifizierung der ArbeiterInnen haben es nicht vermocht, die Kapitaleigner noch länger an den demokratischen Kapitalismus zu binden. Diese hatten ihn in der Hand und haben ihn einfach instrumentalisiert, um für ihre Interessen Zeit zu gewinnen. Zwar haben die Entwicklungen länger gedauert als erwartet. Streeck betont, dass wir dazu neigten zu unterschätzen, wie „lange gesellschaftliche Ursachen brauchen, um gesellschaftliche Wirkungen hervorzubringen“ (14). Es ist aber nicht wirklich gelungen, Zeit zu kaufen, oder anders: der Kauf von Zeit hat alles verschlimmert, der demokratische Kapitalismus war eigentlich eine Sackgasse und hat nur denen gedient, die sich bereicherten. Heute, in der Krise, stehe die neoliberale Wende vor ihrer Vollendung (254).

Aber was bedeutet das? So wie Colin Crouch vom Ende der Parabel der

parlamentarischen Demokratie spricht, die das Projekt der Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert war, so ist aus dem Blickwinkel der Analyse von Wolfgang Streeck das sozialdemokratische Projekt auch auf der Ebene der Steuerung des Kapitalismus mit dem Ziel, diesen mit Demokratie in ein Gleichgewicht zu bringen, das den Markt zivilisiert, gescheitert. Die Sozialdemokratie hat, so kann geschlussfolgert werden, kein historisches Projekt mehr. Ihre Politik war von Beginn an tief problematisch und hat die Lebenslage der ArbeiterInnen langfristig verschlechtert. Für die Linke ergeben sich zwei folgenreiche Lehren. 1) Die keynesianischen Instrumente haben sich in der langen Frist als wirkungslos erwiesen. Den Schaden haben die Lohnabhängigen: wo sie soziale Absicherungen bekamen, sind sie langfristig verschuldet oder müssen am Ende auf Ansprüche verzichten. Letztlich kommt es zu einer Degradation in allen Hinsichten: materiell, ökologisch, persönlich, politisch und moralisch. Es wäre falsch, das alles noch einmal zu wiederholen, also zu erwarten, alles ließe sich noch einmal und dieses Mal nur besser machen, wenn man nicht, wie die SPD, die eigenen Ziele für den Neoliberalismus aufgeben würde, also mehr staatliche Konjunkturpolitik, hohe Besteuerung, Nachfragestimulierung – aber zusätzlich auch noch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Offensichtlich lässt sich keine Zeit mehr kaufen – oder jedenfalls nicht mit dem Ziel, die Lösung der Probleme immer weiter zu vertagen. Es bedarf grundlegender Transformationen, die die Lösung der Probleme erlauben. 2) Das historische Projekt der Sozialdemokratie, nämlich demokratischer Kapitalismus, ist gescheitert. Sie selbst steht vor programmatischen Herausforderungen und muss Entscheidungen treffen, in welche Richtung sie sich weiter orientieren will: a) Sie

orientiert sich an der Politik des dritten Weges, was sie weiter mit dem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus verbinden und Krisen hervorrufen würden. b) Sie bindet sich an ihre Vergangenheit des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kompromisses des demokratischen Kapitalismus, was ihren Handlungsspielraum sehr verengt, aber ebenfalls die Krisendynamik antreibt und keines der relevanten gesellschaftlichen Probleme löst: Produktivitätsentwicklung und sozial-ökologische Erneuerung des gesellschaftlichen Produktionsapparats und der Lebensweise, Bildung und Ausbildung, Beseitigung der Armut, demokratische Partizipation. c) Sie beteiligt sich an der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus und der Entwicklung von neuartigen emanzipatorischen Instrumenten und Politikmustern. Wenn sie eine der ersten beiden Optionen wählt, stellt die Sozialdemokratie keinen Adressaten und 'natürlichen' Bündnispartner für die gesellschaftliche und politische Linke dar, die auf radikale Reformen und emanzipatorische Transformationen zielt.

Streeck zieht nicht wirklich die Konsequenzen aus seiner Erzählung. Er erzählt vielmehr noch eine weitere Geschichte, die der „Konterrevolution gegen den Sozialkapitalismus“ (111). Darin fällt der Fehler der demokratischen Seite des demokratischen Kapitalismus etwas geringer aus. Darin erscheint die gegenwärtige Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise als Endpunkt der langen neoliberalen Transformation des Nachkriegskapitalismus. Es ändert sich Streecks Perspektive, es ist plötzlich der Neoliberalismus allein der Akteur, der Zeit kaufen wollte und der auch in der aktuellen Krise erneut, dieses Mal mit frischem Zentralbankgeld, die Legitimationskrise des Kapitalismus aufschieben will (226) und – ganz im Widerspruch zum zuvor Geschriebenen – eine „abermalige Verlängerung der

demokratisch-kapitalistischen Friedensformel“ zwischen Reich und Arm anziele (229). Versagt hätten Demokratie und demokratische Politik demnach gar nicht durch ihre Politik des Zeitkaufs, sondern vielmehr, weil sie versäumten, jene Konterrevolution „als solche zu erkennen und sich zu widersetzen“ (111f), als sie darauf verzichteten, den Finanzsektor zu regulieren, bereit waren, die Verschiebung von Government zu Governance mitzutragen und davon absahen, die politische Partizipation der unteren sozialen Gruppen zu stabilisieren. Das Ergebnis sei die Krise seit 2008. Wer ist hier die Demokratie? War das nicht die Kraft, die hoffte, Zeit kaufen zu können und sich dafür den Neoliberalen unterordnete? Hat sie wirklich nicht erkannt – oder nicht vielmehr sogar noch den Neoliberalismus als Lösung propagiert? Die „Demokratie“ war ja von kritischen, demokratischen Intellektuellen und demokratischen sozialen Bewegungen gewarnt und hat sich nicht darum geschert. Im Gegenteil, all diese beschriebenen Veränderungen wurden im Lichte des Globalisierungsprozesses als notwendig und unvermeidlich dargestellt und wurden von der „Demokratie“ regelrecht vorangetrieben. Die Demokratie war nicht demokratisch. Streeck erinnert vage daran, wenn er etwas zu wenig selbstkritisch schreibt: er lasse offen, „ob und mit welchen Mitteln es national organisierter demokratischer Politik in einer immer internationaler gewordenen Wirtschaft überhaupt hätte gelingen können“, solche Entwicklungen unter Kontrolle zu bringen (112). Er selbst hatte ja nachdrücklich die Argumente für die Alternativlosigkeit geliefert. In seinem Buch zieht er nun eigentümlicherweise die Konsequenz, dass es den Weg zurück zum Nationalstaat und zur nationalen Währung doch gäbe. Streeck bezweifelt zwar, dass sich erneut Zeit kaufen lasse, um

die „Legitimationskrise des Gegenwarts-kapitalismus“ für die nähere Zukunft zu suspendieren (226), aber offensichtlich möchte auch er Zeit gewinnen: für die Wiederbelebung des demokratischen Kapitalismus. Denn Kapitalismus ohne Demokratie hält er für so utopisch wie Demokratie ohne Kapitalismus (235). Es geht ihm allein um die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen beiden. Die institutionellen Verheerungen der vergangenen vier Jahrzehnte müssten rückgängig gemacht und Institutionen aufgebaut werden, „mit denen Märkte wieder unter soziale Kontrolle gebracht werden können“ (237). Auf welche Weise? Mittels „jahrelanger politischer Mobilisierung und dauerhafter Störung der gegenwärtig sich herausbildenden sozialen Ordnung“ (ebd.). Anders gesagt: viel Kritik und intellektuelle Aktivität und umfangreiche soziale Mobilisierungen, und allein, um den Status quo ante, also die frühere Friedensformel des demokratischen Kapitalismus wieder herzustellen. Doch das kann wirtschaftspolitisch nicht funktionieren, Streeck selbst sagt es, die keynesianische Instrumente haben sich verbraucht: „Neues, demokratisch-kapitalistische Stabilität sicherndes Wachstum würde eine fundamentale Umkehr dieses Trends [einer seit zwanzig Jahren fallenden Wachstumsrate] erfordern, von der schlechthin nicht zu sehen ist, wie sie zustande kommen soll.“ (232) Die Folgen wären erneut Inflation, Staatsschulden und Konsumismus. Von Standortlogik, Wettbewerbsfähigkeit, rigider Normalisierung und Disziplinierung, von Hochrüstung, Kämpfen um Öl und anderen Ressourcen, wie sie ja aus der Zeit seit den 1960er Jahren bekannt sind, von Klimakrise sowie weiteren ökologischen Folgen gar nicht zu sprechen. Das ist kein vertrauenserweckend-zukunftsverheißendes Programm, für das sich Engagement

lohnt, sondern nostalgisch, restaurativ, utopisch. Der Anspruch, kritischer Intellektueller zu sein, die Kritik, die im Text spürbare Wut, die manchmal angedreht wirkt, um mit Adorno zu sprechen, wird dann lesbar als ein technisches Mittel, die Irrationalität von Massenbewegungen für dieses Projekt zu gewinnen. Diesen wird – wie im klassischen Elitediskurs – die Rationalität gar nicht erst zugestanden, die Möglichkeit, dass sie eigene rationale, historisch weitergehende Ziele konzipieren und verfolgen könnten. Von Intellektuellen transformatorischen Typs mit emanzipatorischen Zielen müssen sie wohl entschieden getrennt gehalten werden. Es wird von Streeck nicht einmal versprochen, dass es zu mehr Demokratie als vorher kommt, dass privatkapitalistische Eigentumsverhältnisse zur Disposition einer demokratischen Erneuerung gestellt werden. Vor allem wird gar nicht geklärt, wie dann in Zukunft erneut eine Stärkung der Märkte verhindert werden könnte. Angesichts der von Streeck ja betonten Vergesslichkeit hinsichtlich von Krisen und Krisenmanagement wäre das aber unerlässlich, sollen nicht Naivität und die Wiederkehr des ewig Gleichen die Folge sein. Aber es gäbe keine Wiederkehr: denn wieviel Schaden an Menschen, Natur und Gesellschaft könnte zukünftig immer noch weiter hingenommen werden? Freilich, Streeck hat recht, wenn er sich auf Adorno beruft. Es gibt keine Garantie, dass es zur Versöhnung kommt und die Menschheit ihre Probleme löst. Aber wenigstens versuchen sollten wir es.

Die „Demokratie“ hat also, Streeck zufolge, gelernt und besinnt sich auf nationalstaatliche Handlungsfähigkeit zurück. Vor allem soll der Fehler der Währungsunion rückgängig gemacht werden. Während Streeck zu Beginn seines Buches eigentlich eine seit Kriegsende

über Jahrzehnte währende Haupttendenz der Entwicklung in den OECD-Staaten feststellt, greift er an diesem Punkt auf vermeintlich fortbestehende nationale und regionale kulturelle Differenzen in der EU zurück, die einer einheitlichen Währung entgegenstünden, während diese Europa ein einheitliches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell aufpfropfe und damit nur Neid und Vorbehalte schüre (238, 242, 244f). Streeck plädiert für die Rückkehr zu nationalen Währungen und einem System flexibler Wechselkurse – „eine politische Kapitulation, auch vor den Folgen des eigenen Tuns“ (Altvater 2013: 75). Mit der Wiedereinführung nationaler Währungen stünde das Mittel der Abwertung wieder zur Verfügung. Die Verhältnisse in Europa könnten auf diese Weise korrigiert und wenigstens grob soziale Gerechtigkeit wieder hergestellt werden. Diesen Vorschlag finden unterdessen auch Flassbeck oder Lafontaine interessant; er könnte innerhalb der Linken weitere Zustimmung finden, weil er sich in eine von vielen vertretene keynesianische Konzeption einschreibt, die ohnehin im Neoliberalismus eher nur eine falsche Wirtschaftstheorie und Ideologie sieht. Würde man an diese nicht mehr wie an eine Religion glauben, könnte man zurückkehren zu Lohnerhöhungen, höheren Steuern, mehr privater und öffentlicher Nachfrage, der Wirtschaft Wachstumsimpulse geben und sie aus der Rezession herausführen. Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien könnten abwerten und damit Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

Es gibt also einen weiteren Bruch in dem Buch von Streeck. „Heute scheint die Lösung der immer noch anhaltenden Finanz- und Fiskalkrise nichts Geringeres zu erfordern als eine grundlegende Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie mittels eines Totalumbaus

des Staatensystems insbesondere in Europa, dem Herzland des modernen Wohlfahrtsstaats, wobei alles andere als sicher ist, ob derart tiefgreifende Veränderungen in der kurzen für eine Krisenlösung zur Verfügung stehenden Zeit überhaupt realisierbar sind.“ (76) Doch anstatt radikal weiter zu denken schlägt er nur die Wiederherstellung des Alten vor. Eigentlich durchzieht die Argumentation Ratlosigkeit. Aber offensichtlich ist Streeck davon beunruhigt und möchte doch noch etwas Politikberateres empfehlen. Nach einer vielschichtigen Analyse wird nun alles von den Austauschverhältnissen der Währungen erwartet. Aber ist das realistisch? Elmar Altvater (2013: 76) hat einige Argumente dagegen vorgebracht, eine Rückkehr zur Zeit vor Maastricht hält er nicht für möglich: die Transaktionskosten im Handel würden steigen; Devisenmarkttransaktionen dienen zu 98 Prozent der Spekulation, und diese bestimmte die Wechselkurse, nicht die realwirtschaftlichen Austauschprozesse; kleine Währungen könnten in Währungskonkurrenz nicht mithalten, schon längst habe eine Regionalisierung der Weltwirtschaft stattgefunden; nicht nur würden durch Währungsabwertung von Ländern wie Griechenland die Exporte billiger, sondern auch die Importe teurer. Zu bedenken ist auch, dass ein Land nicht allein durch eine Abwertung wettbewerbsfähiger wird. Dies hängt von seiner Produktivität und seiner Einfügung in die Arbeitsteilung der regionalen und Weltwirtschaft ab. Um den Produktionsapparat zu entwickeln, bedarf es der Investitionen, die diese Länder möglicherweise nicht tätigen können, weil sie dafür das Geld nicht haben und Kredite nicht erhalten. Umgekehrt könnte es sein, dass eine Aufwertung der wieder eingeführten DM die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sogar noch weiter stärkt.

Es könnte zu einem weiteren Druck auf die Löhne kommen; Unternehmen würden die Produktion verlagern. Im Verhältnis zum Euro verbilligt sich die Einfuhr von Rohstoffen; der finanzielle Spielraum der Unternehmen wird größer, den sie ebenso wie die hohe Produktivität in der Konkurrenz für einen Unterbietungswettbewerb, für Investitionen, für Forschung, Entwicklung und Schaffung von Technologievorsprüngen oder Unternehmenszukäufe in den schwächeren Ländern nutzen können. Das erlaubt ihnen, sich weitere Marktvorteile zu verschaffen und die Arbeitsteilung auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit hin auszurichten. Es ist also zu befürchten, dass die Realwirtschaft dieser Länder sich noch weiter zurück entwickeln, nun aber keine Form europäischen Ausgleichs mehr praktiziert würde, sondern erst recht nur noch Marktgesetze gelten würden. Die einzige Perspektive ist die, nach vorne zu denken, also die Union weiter zu entwickeln durch eine umfassende demokratische Struktur- und Regionalpolitik, die neben der Landwirtschaft und der Industrie die Dienstleistungen, die Bildung und Gesundheit

einbezieht. Statt demokratischer Kapitalismus also: demokratischer Sozialismus. Dafür würden sich das Engagement von kritischen Intellektuellen und die Mobilisierung der Bürger und Bürgerinnen in sozialen Bewegungen, in Gewerkschaften und Parteien lohnen.

Literatur

- Altwater, Elmar (2013): Der politische Euro, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5.
- Bischoff, Joachim, Lieber, Christoph (2013): Wohin treibt der „demokratische Kapitalismus“?, in: *Sozialismus*, H. 5.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt/M.
- Streeck, Wolfgang, Heinze, Rolf G. (1999): Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs, in: Hans-Jürgen Arlt, Sabine Nehls (Hrsg.): *Bündnis für Arbeit*, Opladen.